WP-05-646 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Antragsteller*in: LAG Soziales, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik
Beschlussdatum: 01.11.2026

## Änderungsantrag zu WP-05

Nach Zeile 646 einfügen:

### Strafverfolgung auf das Wesentliche konzentrieren

Der Kampf gegen Steuerhinterziehung, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, demokratiefeindlichen Extremismus und organisierte Kriminalität benötigt zusätzliche Ressourcen. Deshalb wollen wir Polizei und Justiz entlasten, indem wir Bagatelldelikte entkriminalisieren bzw. entsprechende Verfahren aus mangelndem öffentlichen Interesse einstellen. Das betrifft insbesondere Containern und die fahrscheinlose Beförderung im ÖPNV. Dass armutsbetroffene Menschen wegen nichtbezahlter Strafzahlungen im Gefängnis landen, lehnen wir als unverhältnismäßig und für den Staat am Ende teurer ab.

## Begründung

Entlastung der Justiz ist ein wichtiges Thema, das aber vom Blickwinkel der Prioritätensetzung unvollständig in diesem Kapitel abgebildet ist.

Dabei ist es doch GRÜNES Alleinstellungsmerkmal, dass wir Bagatelldelikte entkriminalisieren wollen. Insbesondere jene, die gar nicht gemeinwohlschädlich sind (wie Containern), oder deren Verfolgung wenig effizient sind (wie "Schwarzfahren", weil inzwischen ein enormer Teil der Gesellschaft ein Deutschlandticket hat und z.B. Obdachlose die Geldstrafe eh nicht zahlen können).

Besonders tragisch ist unser Justizsystem, insofern Menschen ohne bzw. mit geringem Einkommen verhängte Geldstrafen nicht zahlen können und deshalb im Rahmen von Ersatzfreiheitsstrafen kostenintensive Plätze im Strafvollzug belegen, was völlig unangemessen ist. Zudem besteht hier die Gefahr weiterer Kriminalisierung und eines Einstiegs in harten Drogenkonsum.